

Öffentliche Sitzung
des Bau- und Umweltausschusses/Betriebsausschusses für Stadtentwässerung
am Mittwoch, den 14.12.2022
im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 19:03 Uhr

Ende: 20:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

Herr Bürgermeister Julius Mihm

CDU

Herr Stadtrat Martin Bläse

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Simon Ihlenfeldt

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Herr Stadtrat Karl Miller

SPD

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

Die Linke

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-
Streit

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

FDP/FW

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Klaus-Peter Funk

Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

Verwaltung

Herr René Bantel

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Gerhard Hackner

Herr Markus Herrmann

Herr Helmut Ott

Herr Benedikt Stegmaier

Abwesend:

CDU

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

Tagesordnung

=====

- 1** Flächennutzungsplan Schwäbisch Gmünd-Waldstetten 8. Änderung (Neugärten 4. Erweiterung), Gemarkung Herlikofen, Flur Herlikofen
- Feststellungsbeschluss
- 2** Billigungsbeschluss für den Vorentwurf zum Flächennutzungsplan mit Landschaftsplan der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Gmünd - Waldstetten mit Zieljahr 2035
- Einleitung der frühzeitigen Beteiligung
- 3** Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 840 CI "Hinteres Iltisfeld - Erweiterung", Gemarkung Lindach
- Aufstellungsbeschluss
- 4** Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung)
- 5** Neufassung der Globalberechnung der Kanal- und Klärbeiträge
- Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung)
- 6** Ersatzbeschaffung von einem Mobilbagger
- 7** Vergabe der Grünflächenpflege 2023 und 2024 mit Option auf 2025
- 8** Ausblick auf künftige Vorhaben
- 9** Bekanntgaben
- 10** Anfragen
- 10.1** Grüner Pfeil - Sebaldstraße/Kläserlesstraße

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

**zu 1 Flächennutzungsplan Schwäbisch Gmünd-Waldstetten 8. Änderung (Neugärten 4. Erweiterung), Gemarkung Herlikofen, Flur Herlikofen
- Feststellungsbeschluss
Vorlage: 199/2022**

Protokoll:

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE äußert, dass eine hohe klimarelevante Empfindlichkeit laut Gutachten gegeben sei.

Herr Hackner möchte das nochmals prüfen. Der Ortschaftsrat habe eine einstimmige Empfehlung abgegeben.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 2 Billigungsbeschluss für den Vorentwurf zum Flächennutzungsplan mit Landschaftsplan der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Gmünd - Waldstetten mit Zieljahr 2035
- Einleitung der frühzeitigen Beteiligung
Vorlage: 224/2022**

Protokoll:

Herr Puschmann und Frau Schnalzger präsentieren den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für den Vortrag. Man habe viele Runden gedreht und die Freiflächen-PV hinzugefügt. Oberstes Gebot sei es, den Flächenverbrauch zu reduzieren. Er habe andere Zahlen von den Flächen, es sei aber so in Ordnung. Es entspreche dem Regionalplan, man liege genau auf Plan. Man müsse schauen, dass man vorwärtskomme und den neuen Flächennutzungsplan auf den Weg bringe.

Herr Hackner antwortet, dass nichts verändert worden sei. Die Angaben zur Fläche seien inklusive der Flächen mit Waldstetten.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für die Präsentation. Die Flächenveränderungen, die man vorgetragen habe, stimme nicht mit dem letzten Stand

überein. Woher komme die riesige Reduzierung an Flächen?

Herr Hackner antwortet, dass es genau stimme. Man habe in der gemeinsamen Flächenkulisse 76,1 Hektar an Wohnbauflächen berücksichtigt. Es würden die Mischgebietsflächen zu den Wohnbauflächen hinzugerechnet werden.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass die Freiflächen für PV, die man entwickelt habe, positiv seien. Man müsse die Flächen allgemein reduzieren und ausgleichen.

Herr Hackner betont, dass die Windkraft dort ebenfalls berücksichtigt sei.

Oberbürgermeister Arnold verlässt die Sitzung und übergibt die Sitzungsleitung an Ersten Bürgermeister Baron.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass die Berechnung höhere Flächen ergeben würde als man ausweise. Man rechne damit, dass man mehr Einwohner habe. Im Vergleich zu vor 20 Jahren sei jedoch kein Zuwachs zu erkennen. Man wisse nicht, was komme. Die Zahlen seien theoretische Zahlen. Wie komme man zum Flächenverbrauch netto 0? Die Maßnahmen seien gut, auch, dass die Schapplachhalde und der Klarenberg als Schutzgebiete aufgenommen seien, sei positiv. Der Schutz, den man sich für die Flächen um Schwäbisch Gmünd herum wünsche, könne im Flächennutzungsplan nicht berücksichtigt werden, sondern nur vorbereitet werden. Er könne keine Zustimmung für den Beschluss in Aussicht stellen. Aspen habe man immer mitgetragen, man sehe eine Schwäche im Plan. Man erwarte mehr Zugkraft, dass ausgleichend mehr gemacht werde durch Satzungen. Es fehle auch der Stadteingang West. Was man auch vermisse sei ein Konzept für CO₂-neutrale Baugebiete.

Herr Hackner antwortet, dass der Stadteingang West ein urbanes Gebiet werde. Dies müsse man redaktionell noch ändern.

Stadtrat Schwab/SPD bedankt sich für den Vortrag. Die Fraktion diskutiere den Flächennutzungsplan kontrovers. Bei den Flächen für erneuerbare Energien regt er an, dass man sich nicht auf zwei Prozent festlegen solle, sondern man müsse darüber hinaus denken. Den Umweltbericht habe er sich angesehen. Er bittet darum, das Konzept zum klimagerechten Flächenmanagement zu berücksichtigen. Außerdem wünscht er sich eine Abbildung, wie sich der Flächennutzungsplan auf die Treibhausbilanz der Stadt auswirke. Dies hätte er im Umweltbericht erwartet. Aktuell werde nicht klimaneutral gebaut, man habe aber das Ziel, bis 2035 klimaneutral zu sein. Man habe die Flächenkulisse im Rahmen des Regionalplans betrachtet, was gefehlt habe sei, dass man die Ziele der Bundes- und Landesregierung herunterbreche, so dass klar sei, was dies für die Flächenreduzierung für Schwäbisch Gmünd bedeute.

Erster Bürgermeister Baron bedankt sich für die Anregungen, die man aufnehme.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE äußert, dass man darauf hoffe, dass viel vom Landschaftsplan verwirklicht werde. Die Schwierigkeit sei, dass man nie genau erkennen könne, was sich verändert habe und was gleichgeblieben sei. Manche Dinge seien nicht korrigiert gewesen. Der Zuwachs der Einwohner habe sich nicht beschleunigt. Die Prognose der Einwohner sei spekulativ und willkürlich und missachte die Bedarfs-

planung des Statistischen Bundesamts. Es sei weniger geworden als ursprünglich geplant, aber immer noch vier Mal so viel als das Ziel der Bundes- und Landesregierung. Auch der Regionalplan habe Vorranggebiete ausgewiesen, diese würden deutlich darunterliegen. Er übt außerdem grundsätzliche Kritik: Man heiße künftig KEBA. Daher seien die Energie und PV primär zu berücksichtigen und erst dann könne man schauen, wo gebaut werden könne. Es seien beim Flächennutzungsplan aber zunächst die Wohngebiete und Gewerbegebiete gesetzt werden. Man solle alle Baugebiete nochmals in den Blick nehmen, ob sie nicht für PV eignen. Man habe eine Fülle von Ausgleichsflächen, aber man habe keine Übersicht, wo diese seien. Man habe schon mehrfach darum gebeten. Man sehe nicht, welches Potenzial noch da sei. Die 4. Erweiterung von Neugärten sei nicht im Plan mit drin.

Herr Hackner antwortet, dass diese Fläche als Bestand berücksichtigt sei. Bei den Freiflächen-PV habe man mit dem Gremium und den Ortschaften die Flächen iterativ vermittelt und Kriterien gebildet. Einige Flächen habe man nach der Prüfung auch wieder herausgenommen. Die Flächen seien ein wesentlicher Bestandteil des Flächennutzungsplans.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW bedankt sich für den Vortrag. Man plane unter Bedarf, hiervoor möchte er warnen. Man habe andere Einwohnerzahlen prognostiziert, er glaube, dass es stärker wachse, wenn man auch sehe, wie Unternehmen investieren würden. Es sei einfacher, Bauland nicht zu erschließen als den Flächennutzungsplan ändern zu müssen.

Stadtrat Bläse/CDU zeigt sich nicht überrascht über die Ausführungen. Man sei momentan in einem Wandel, aber es sei eine Entwicklung, die man nun angehe. Es seien 130 Hektar geplant, diese müsse man erst umsetzen. Es sei eine Herausforderung, dies zu bewältigen. Die Kritik finde er daher überzogen.

Erster Bürgermeister Baron betont, dass man nicht nachlasse und man das, was möglich sei, voranbringe.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE betont, dass er nicht dafür sei, mehr PV auszuweisen. Ihm sei es um die Reihenfolge der Flächenausweisung gegangen. Wenn man mit weniger ausweise, sei er sehr froh, da zunächst die Potenziale auf den Dächern genutzt werden sollten.

Ortsvorsteher Zischka erkundigt sich, was die Formulierung bedeute, dass die Öffentlichkeit nicht an den Flächennutzungsplan gebunden sei.

Herr Puschmann antwortet, dass es eine rechtliche Frage sei. An den Bebauungsplan müsse man sich als Bürger halten, an den Flächennutzungsplan zunächst nicht.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 3 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 840 CI "Hinteres Ittisfeld -
Erweiterung", Gemarkung Lindach
- Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 218/2022**

Protokoll:

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen ist der Auffassung, dass die Einwohnergröße gut sei. Sie erkundigt sich, ob man das Baugebiet als CO₂-neutral ausweisen könne.

Herr Hackner erläutert, dass es ein großer Wunsch des Ortschaftsrates gewesen sei. Es sei immer im Flächennutzungsplan enthalten gewesen. Man habe ein FFH-Gebiet und kompensiere es an anderer Stelle, dies sei mit dem Landratsamt abgestimmt. Man könne es entsprechend erschließen. Man wolle eine verdichtete Bebauung erzielen. Es biete sich eine gemeinsame Energiezentrale an, auch was das Wasser angehe.

Stadtrat Bläse/CDU äußert, dass man es im Ortschaftsrat sehr ausführlich diskutiert und entsprechende Maßnahmen vorgesehen und versucht habe, alles reinzupacken. Man sei Vorreiter, man müsse es dem Ortschaftsrat und auch der Bevölkerung vermitteln. Man solle Amt 60 vertrauen.

Stadtrat Schwab/SPD äußert, dass er grundsätzlich viel Positives im Hinblick auf die Dichtigkeit, klimaneutrales Bauen und auf das Wärmekonzept sehe. Man werde sich in der Fraktion beraten. Die Dachflächen müssten so ausgerichtet sein, dass die PV-Nutzung in bestmöglichem Maße möglich sei. Die Studie zum klimagerechten Flächenmanagement solle man in den Aufstellungsbeschlüssen berücksichtigen. Man solle die Bewertungsmatrix in die Vorlage mit aufnehmen.

Herr Hackner sichert dies zu.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE führt aus, dass die Fläche als Fläche mit hoher klimatischer Bedeutung betrachtet werde. Er halte es für richtig, dass es bedacht werde. Er habe mit Anwohnern gesprochen, in einer Hinsicht seien diese sehr skeptisch: Es gebe jetzt bereits Überschwemmungen. Er erkundigt sich daher, ob der Kanal so dimensioniert sei, dass das Wasser vollständig aufgefangen werden könne. Die Parkplätze seien jetzt bereits knapp und die Feuerwehr komme nicht mehr durch. Außerdem tauche ein Baum nicht mehr im Plan auf. Er begrüßt es, dass Sachvorträge nur gehalten werden, wenn es Informationen über die Vorlage hinaus gebe.

Herr Hackner antwortet in Bezug auf den Baum, dass man noch nicht so tief in die Planungen eingestiegen sei. Durch den Kanal verbessere man die Situation, die Feuerwehr komme durch.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW äußert, dass es ein sehr vorbildliches Baugebiet sei. Man werde zustimmen. Ein klimaneutrales Baugebiet sei einfach gesagt, man müsse aber auch schauen, was es für die Bauherren finanziell bedeute, wenn man 100 Prozent klimaneutral baue.

Ortsvorsteher Funk äußert, dass man es sehr ausgiebig im Ortschaftsrat diskutiert habe und alle Vorgaben berücksichtigt seien. Die Wassersituation sei bekannt, durch die Maßnahmen werde man es in den Griff bekommen. Die Parkplatzsituation sei bekannt und resultiere aus der Bestandsbebauung. Die Leute sollten eigentlich innen parken, da es dort sehr eng sei, würden sie nicht hineinfahren. Durch die Geschossbauweise werde man es mit der Tiefgarage besser hinbekommen. Die Feuerwehr sei bisher immer durchgekommen. Man werde außerdem keine Hochhäuser bauen, die Gebäude würden sich gut in die Umgebungsbebauung einfügen. Der Ortschaftsrat habe sich daher positiv ausgesprochen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 4 Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung)
Vorlage: 193/2022**

Protokoll:

Herr Bantel erläutert den Sachverhalt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

**zu 5 Neufassung der Globalberechnung der Kanal- und Klärbeiträge
- Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung
(Abwassersatzung)
Vorlage: 221/2022**

Protokoll:

Frau Bleiler präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

**zu 6 Ersatzbeschaffung von einem Mobilbagger
Vorlage: 191/2022**

Protokoll:

Stadtrat Geiger/CDU äußert, dass die beiden vorliegenden Angebote nicht vergleichbar seien.

Herr Stegmaier antwortet, dass ein Anbieter es nicht hinbekommen habe, die Daten zu liefern.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass er nicht zufrieden mit der Vorlage sei. Im Herbst 142/2022 habe man ein Elektromobilitätskonzept beschlossen. Man solle in der Vorlage künftig Ausführungen machen, in welcher Nutzklasse es elektrische Bagger gebe und eine Marktanalyse machen. Eventuell sei dann auch die vorübergehende Weiternutzung des Baggers denkbar.

Herr Stegmaier antwortet, dass man könne den bestehenden Bagger nicht mehr retten könne. Man müsse auch die Lieferzeiten berücksichtigen. Elektrische Prototypen zu bestellen hätten eine große Vorlaufzeit. Man brauche sehr schnell eine Lösung. Eine umfassende Marktanalyse brauche sehr viel Zeit.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen findet es nachvollziehbar, aber eine Recherche am Markt brauche keine Tage, es könne auch eine Kurzrecherche sein.

Stadtrat Schwab/SPD regt an, in die Vorlage künftig mit aufzunehmen, dass man das Elektromobilitätskonzept kenne und Ausschau danach gehalten habe.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man dies so aufnehmen werde.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Ersatzbeschaffung von einem Mobilbagger zu einem Angebotspreis i. H. v. 171.241,00 € (brutto) wird zugestimmt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 68
nachrichtlich an Amt:

zu 7 Vergabe der Grünflächenpflege 2023 und 2024 mit Option auf 2025
Vorlage: 226/2022

Protokoll:

Stadtrat Geiger/CDU erkundigt sich, ob die Firma bereits für die Stadt tätig sei, ob es Vorgaben gebe und wer diese überprüfe.

Herr Stegmaier antwortet, dass die Firma bereits tätig sei. Es werde auch kontrolliert wie oft ein Bolzplatz zu mähen sei. Teilweise seien es Engpässe oder der Vegetation geschuldet.

Stadtrat Schwab/SPD erkundigt sich, ob man die Einhaltung des Landetariftreugesetzes überprüfe.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man in der Ausschreibung bereits aufnehmen.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE erkundigt sich, wie man es konkret prüfe.

Herr Stegmaier antwortet, dass sich der Unternehmer verpflichte.

Erster Bürgermeister Baron äußert, dass man keine Anzeichen habe, dass ein Missbrauch stattfinde, nehme es aber so auf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Die Grünflächenpflege vom 01.04.2023 bis 31.10.2024, wird mit der Option auf ein Jahr Verlängerung (alle Preisangaben inkl. MWSt) wie folgt vergeben:

Los 1: Grünflächenpflege an Schulen und Hallen an die Firma Grün in Form, Giengen, zum Preis von 63.724,18 EUR pro Jahr.

Los 2: Grünflächenpflege am Schulzentrum Strümpfelbach und an der Uhlandschule an die Firma Grün in Form, Giengen, zum Preis von 21.542,27 EUR pro Jahr.

Los 4: Grünflächenpflege an Lärmschutzwällen an die Firma Grün in Form, Giengen, zum Preis von 8.575,76 EUR pro Jahr.

Los 5: Böschungen Josefsbach und Rems und Remsdelta an die Firma Grün in Form,

zum Preis von 16.869,93 EUR pro Jahr

Los 6: Grünflächenpflege im Universitätspark an die Firma Grün in Form, Giengen, zum Preis von 21.301,30 EUR pro Jahr.

Los 8: Grünflächenpflege an Bolzplätzen, im Landschaftspark Wetzgau und Freizeitpark Hardt an die Firma Grün in Form, Giengen, zum Preis von 67.463,72 EUR pro Jahr.

Gesamtsumme: 199.477,16 Euro (inkl. MWSt.)

Für die nachstehenden Lose konnte kein Ergebnis erzielt werden, wodurch diese Lose erneut ausgeschrieben werden:

Los 3: Grünflächenpflege an städtischen Gebäuden

Los 7: Kindergärten

Los 9: Grünflächenpflege an Gemeindestraßen A

Los 10: Grünflächenpflege an Gemeindestraßen B

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 68
nachrichtlich an Amt:

zu 8 Ausblick auf künftige Vorhaben**Protokoll:**

Keine.

zu 9 Bekanntgaben**Protokoll:**

Keine.

zu 10 Anfragen**zu 10.1 Grüner Pfeil - Sebaldstraße/Klösterlesstraße****Protokoll:**

Stadträtin Dr. Stahl/CDU erkundigt sich nach dem grünen Pfeil an der Kreuzung Sebaldstraße/Klösterlesstraße.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass diese Frage bereits öfter gestellt und beantwortet wurde. Man habe diese aufgrund des Sicherheitsrisikos entfernt.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt Erster Bürgermeister Baron die Sitzung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 30

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Erster Bürgermeister:

Den
Stadtrat: